

# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

## Auszug aus:

*Disparitäten in Deutschland*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)



## Disparitäten in Deutschland – Raumstrukturen und regionale Handlungsansätze



Dr. Henning Schöpke, Nienburg/Weser

Bankenhochhäuser in Frankfurt/Main und Hausfassade in Duisburg-Bruckhausen

Inhaltsübersicht

**Begründung des Reihenthemas**

**Fachwissenschaftliche Orientierung**

**Didaktisch-methodische Orientierung**

**Ziele der Reihe**

**Schematische Verlaufsübersicht**

**Sequenz 1: Analyse von Raumstrukturen**

**Sequenz 2: Konsequenzen der Raumordnungspolitik**

**Sequenz 3: Regionaler Handlungsansatz – Fallbeispiele**

**Material**

**Lernerfolgskontrolle**

**Mediothek**

**Aus dem Inhalt:**

- Indikatoren regionaler Disparitäten
- Ärmere Regionen in Ost- und Westdeutschland
- Regionen mit dynamischer Entwicklung
- Welche Ansätze zur Angleichung der Verhältnisse gibt es?
- Zwei Fallbeispiele: Görlitz/Sachsen und Aurich/Niedersachsen

In welchen Bereichen werden räumliche Disparitäten deutlich? Welche Regionen weisen im bundesweiten Vergleich erhebliche strukturelle Schwächen auf? Welche Regionen haben eine besonders hohe Wirtschaftsleistung? Wie können räumliche Disparitäten verringert werden?

Ihre Schüler analysieren Raumstrukturen und nennen Indikatoren unterentwickelter Räume. Sie analysieren aktuelle Karten und Diagramme und beschreiben die Bandbreite regionaler Disparitäten. In der zweiten Sequenz beschäftigen sie sich mit den Konsequenzen der Raumordnungspolitik. Dazu zählen die Verteilung der EU-Strukturmittel und die Umverteilung von Mitteln in Deutschland. In der dritten Sequenz setzen sich die Schüler an konkreten Raumbeispielen mit Strategien zur Verringerung regionaler Disparitäten auseinander.

II/F

Reihe 2 S 2	Verlauf	Material	LEK	Glossar	Mediothek
----------------	---------	----------	-----	---------	-----------

### *Begründung des Reihenthemas*

Das Jahr 2010 war das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Ziel war, Wege aus der Armut aufzuzeigen und den Prozess sozialer Integration zu stärken. Der Begriff **„regionale Disparität“** behandelt zunächst die Frage, ob und in welchem Ausmaß es in den deutschen Bundesländern „reiche“ oder „arme“ bzw. gut entwickelte oder wirtschaftlich rückständige Regionen gibt. Es geht also um interregionale Disparitäten. Aber intraregionale Disparitäten spielen ebenfalls eine Rolle. Laut Verfassungsauftrag, Art. 72 II Grundgesetz (GG), sollen Bund und Länder **„gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Deutschland** herstellen. Deshalb sollten die Behörden auch Unterschiede innerhalb einer Region oder innerhalb von Stadtvierteln erfassen. Von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ sprechen die Behörden erst seit 1994. Davor galt es, die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ zu gewährleisten. Allerdings sind die Lebensverhältnisse in den Ländern und Regionen schon aus geografischen, kulturellen, historischen und ökonomischen Gründen unterschiedlich. Die neue „schwächere“ Formulierung trifft deshalb die Realität deutlich besser. Die Verantwortlichen stehen vor der Aufgabe, interregionalen Einkommensdisparitäten entgegenzusteuern. Diese entstehen beispielsweise durch Wanderungsbewegungen mit entsprechenden Folgen für die Infrastruktur oder durch politische Ereignisse, z. B. Wiedervereinigung.

### *Fachwissenschaftliche Orientierung*

In Deutschland gibt es große **räumliche Disparitäten**, „territoriale Ungleichgewichte“. Das hat nicht nur naturbedingte Gründe, zumal Regionen mit einem ungünstiger ausgestatteten Naturpotenzial nicht zwangsläufig arm sind. Räumliche Disparitäten sind auch nicht nur in der wirtschaftspolitisch und gesellschaftlich unterschiedlichen Entwicklung von Ost- und Westdeutschland begründet. **Kernprobleme** einer ungleichgewichtig und defizitär ausgestatteten Region sind folgende: Die **Migration in das großstädtische Umland**. In den neuen Bundesländern wandern die Menschen dabei vermehrt in den engeren suburbanen Raum, in den alten Bundesländern ins weitere Umland. Die nicht standortattraktive, weil **periphere Lage** mit dem daraus resultierenden geringen Kontaktpotenzial ist ein weiteres Problem. Zudem wandern vor allem jüngere und fachlich qualifizierte Arbeitskräfte infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage ab. Dadurch ergibt sich eine **Abnahme des Arbeitskräftepotenzials am Arbeitsmarkt**. Auch **lange Wege zur Arbeitsstelle** sind zu nennen. Zudem ist die Daseinsvorsorge, d. h., die **staatlichen Einrichtungen und Dienstleistungen zur Grundversorgung** der Bevölkerung, wie z. B. öffentlicher Personennahverkehr, Gas-, Wasser-, Stromleitungsnetz oder Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser nur **ungenügend** bereitgestellt. Zu erwähnen ist zudem eine **ungenügend ausgebildete Infrastruktur**. Mit der **geringen Bevölkerungsdichte** geht eine zu **geringe Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen** und ein zu **niedriges Einkommen** einher. Auch der **demografische Wandel** als Folge des Bevölkerungsschwunds durch Geburtenrückgang und **Überalterung**, vor allem in den dünn besiedelten ländlichen Räumen Ostdeutschlands, spielt eine Rolle. In dünn besiedelten Räumen gehen die Schülerzahlen immer mehr zurück. Zu den Entwicklungseinflüssen, die das raumwirtschaftliche Gefüge verändern werden, zählen u. a. der Strukturwandel hin zu Dienstleistungsgesellschaften und Wissensökonomien, die Bedeutungszunahme wissensintensiver Berufe und der technologische Fortschritt. Diese Tendenzen werden differenzierte regionale Auswirkungen haben, da Städte und Regionen in Deutschland deutliche Unterschiede in den Standortbedingungen und Wirtschaftsstrukturen aufweisen. Firmen wählen ihre Standorte nicht mehr vorrangig nach traditionellen Standortfaktoren wie niedrige Steuersätze und günstige Immobilienpreise, sondern zunehmend nach der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. Standortnachteile der Verdichtungsräume wie Flächenverfügbarkeit, Bodenpreise, Lohnkosten sowie Lebens-, Wohn- und Umweltqualität werden heute als weniger schwerwiegend gewertet.

Besonders der **demografische Wandel** verändert unsere Gesellschaft nachhaltig. Mit dem Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ unterstützte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) von 2007–2010 Städte und Ge-

<b>Reihe 2</b> S 3	<b>Verlauf</b>	<b>Material</b>	<b>LEK</b>	<b>Glossar</b>	<b>Mediothek</b>
-----------------------	----------------	-----------------	------------	----------------	------------------

meinden, den Wandel aktiv zu gestalten. Das Modellvorhaben setzte auf die Zukunftschancen, die sich im ländlichen Raum aus dem demografischen Wandel ergeben. Vier Regionen hatten sich für die Teilnahme qualifiziert. Ihr entscheidender Erfolgsfaktor bestand darin, ganzheitliche demografische Handlungskonzepte zu entwickeln. Zudem richteten sich die Gemeinden nach dem sogenannten Open-Space-Ansatz, einer Methode, sich in zwanglosen Treffen über schwierige Problemfelder auszutauschen und Lösungen zu entwickeln. Die Gemeinden stützen sich besonders auf die Ideen und die Mitarbeit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Hierbei kommt die sogenannte PLA-Methode zum Einsatz, die ein miteinander Lernen und – nachdem daraus die richtigen Schlüsse gezogen wurden – auch Handeln propagiert.

Derartige raumplanerische Modellvorhaben werden stets neu ausgeschrieben und haben das Ziel, räumliche Disparitäten auszugleichen – und sei es nur auf städtischer Ebene. Disparitäten zeigen sich auf der Mikroebene. Ein Beispiel: Diese ergeben sich, wenn die Finanzschwäche einer Gemeinde durch einen aufgeblähten Verwaltungsapparat, teure und wenig effektive Gutachten oder eine überdimensionierte Infrastruktur, z. B. Straßenbau oder Kläranlage, mitverursacht wurde. Oder wenn sich Gettos der sozialen Unterschicht gebildet haben oder die Kriminalität in Stadtquartieren steigt. Mitunter hat der Gemeinderat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und nicht rechtzeitig gegengesteuert. Hierfür ist Braunlage ein Paradebeispiel. Diese einst beliebteste Stadt im Hochharz ist heruntergekommen. Es gibt viele stillgelegte Hotels und Cafés sowie leer stehende Geschäfte.

Nach der Statistik gilt als „armutsgefährdet“, wer von weniger als 826 Euro im Monat leben muss. Bei Familien mit zwei Kindern beginnt **Armut** bei 1735 Euro. Die Europäische Union (EU) hat festgelegt, dass Menschen dann armutsgefährdet sind, wenn sie mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen müssen. In Deutschland ist das Südwest-Nordost-Gefälle sehr ausgeprägt: Die reichen Regionen liegen vornehmlich im Süden der Republik, nahezu alle armen Regionen liegen im Osten, **vor allem im Nordosten Deutschlands**. In den neuen Ländern einschließlich Berlin waren im Jahr 2010 19 % der Bevölkerung arm. In den alten Bundesländern waren 13 % der Menschen von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen. Im Osten ist der Anteil der Armen in den letzten Jahren leicht rückläufig, während er im Westen stagniert. Zu den **reichen Regionen** zählen auch die sogenannten „Speckgürtel“ **im Umkreis der großen Städte**, vor allem um München, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg. In diesem Umland haben sich viele wohlhabende Menschen niedergelassen, die in den Metropolen ihr Geld verdienen. Menschen in problematischen Lebenslagen finden sich vor allem dort, wo erhebliche Probleme durch Strukturwandel und Abbau industrieller Strukturen auftreten, z. B. im Saargebiet, Ruhrgebiet, Lausitzer Braunkohlenrevier, sowie in den sozialistischen Städten der ehemaligen DDR. Beim Begriff „**regionale Einkommensdisparitäten**“ geht es um die Frage, ob und in welchem Ausmaß es in den deutschen Bundesländern „reiche“ und „arme“ Regionen gibt und wie das Verteilungsmuster dieser Regionalstruktur aussieht.

Die vorrangige Strategie besteht darin, in den ostdeutschen Regionen den Konvergenzprozess zu beschleunigen, um den Entwicklungsrückstand hinsichtlich der erwirtschafteten Einkommen und der Erwerbsmöglichkeiten zu reduzieren. In den übrigen Regionen verfolgen die Behörden unterschiedliche strategische Ziele: Förderung von Innovationen und Ausbau der Wissensgesellschaft, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, Erhöhung der Attraktivität der Regionen für Investitionen und Einwohner durch nachhaltige Regionalentwicklung, Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten – mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen, Regionen chancen- und ausgleichsorientiert weiterentwickeln. **Europäische Fonds** fördern Projekte, die diese Vorgaben umsetzen. Unter dem verbreiteten **Motto „Stärken stärken“**, zugeschnitten auf Gemeinden, förderte der Europäische Sozialfonds (ESF) Mikroprojekte an bundesweit 277 Standorten. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Förderung der Ausbildungskompetenz, der sozialen und beruflichen Integration, der Berufsorientierung, des interkulturellen Lernens und der Sprachförderung für Migranten.

Die in Deutschland **früher** verfolgten **Strategien „Gegensteuern“ und „Anpassen“** haben nicht dazu geführt, das verfassungsmäßig verankerte Leitbild regional gleichwertiger Lebensbedingungen zu schaffen. Das „Gegensteuern“ basierte auf der klassischen Industrie-

Reihe 2	Verlauf	Material	LEK	Glossar	Mediothek
S 4					

und Strukturpolitik, Steuernachlässe ansiedlungswilligen Betrieben zu gewähren, die sich auf preisgünstig ausgewiesenen Gewerbegebieten ansiedeln und möglichst viele neue Arbeitsplätze sichern sollten. Die Strategie des „Anpassens“ erkennt die Folgen des demografischen Wandels. Insbesondere reagiert sie auf eine immer älter werdende Bevölkerung, die immer mehr schrumpft. In solchen Fällen reduzieren die Verantwortlichen nach dieser Strategie das ÖPNV-Angebot. Sie lassen Straßen rückerbauen, legen Schulen und Behörden zusammen, schließen Sportstätten und Kindergärten. Das heißt, die Daseinsvorsorge wird verringert. Die Strategie „Anpassen“ ist gescheitert, weil sich immer mehr Menschen aus ländlichen Räumen, in der Nähe von Zentren ansiedelten. Dort ist die Versorgung gewährleistet. Die Strategie „Gegensteuern“ scheiterte, weil in ländlichen Abwanderungsregionen nur wenige junge Menschen leben. Subventionen können den demografischen Trend der Abwanderung allenfalls kurzfristig stoppen. Betriebe stellen nach Ablauf der Subventionen die Produktion ein, wenn sich die Voraussetzungen für den Warenabsatz als ungünstig erwiesen haben.

Die EU geht daran, ihre Strukturpolitik thematisch, räumlich und finanziell neu auszurichten. Der Förderzeitraum 2007–2013 läuft bald aus. Die **EU-Strukturpolitik** wird weiterhin das traditionelle Ausgleichsziel, eines „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts“ verfolgen. Zudem soll sie dazu beitragen, die überarbeitete Lissabon-Strategie mit ihren Wachstums-, Wettbewerbs- und Beschäftigungszielen umzusetzen. Ziel soll der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensgestützte Wirtschaftsraum der Welt“ sein. Der Schwerpunkt ist vor allem wachstums- und wettbewerbsorientiert. Mit Blick auf räumliche Disparitäten gibt es weiterhin Ausgleichs- und Wachstumsziele. Noch dominieren die eher klassischen strukturpolitischen Maßnahmen wie „Einzelbetriebliche Förderung“, „Förderung wirtschaftlicher Infrastruktur“ und „Förderung des Tourismus“. Sie kommen eher den ländlichen und/oder strukturschwächeren Regionen zugute. Doch interkommunale Kooperationen und der clusterorientierte Entwicklungsansatz sowie städtische Bündnisse spielen eine immer wichtigere Rolle. So wollen die Verantwortlichen verhindern, dass Mittel aus den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation nicht zu stark in die Metropolen fließen.

Das neue Ziel, stärker auf sektorübergreifende integrierte Raumentwicklungskonzepte zu setzen, macht folgende Konsequenzen notwendig: Die bisherigen Raumkategorien „ländlich“ und „urban“ erweisen sich als Abgrenzungskriterien für eine Förderpolitik weniger geeignet als die Kategorien „strukturstark“ und „strukturschwach“. Dieser Ansatz erscheint trotz der politisch-administrativen Grenzen einer Stadt/Region/eines Bundeslandes als umsetzbar. Die Makroregion Ostsee zeigt sich diesbezüglich bereits als Leuchtturmprojekt. Die Region Harz könnte sich zum Leuchtturm entwickeln – ein Anfang wie die Zusammenlegung der Gemeinden Clausthal-Zellerfeld und St. Andreasberg oder der beiden Nationalparks ist gemacht. In der Realität zeigt sich, dass die Kooperationsbereitschaft den Zwang zur Kooperation voraussetzt.

In den letzten Jahren wird zunehmend darüber nachgedacht, sich von der politisch-administrativen Definition des Territoriums zu verabschieden. Die Verantwortlichen setzen darauf, die interregionale Zusammenarbeit zu stärken und damit die funktionale Sicht in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu zählt, vor allem die **Mittelzentren in ländlichen und dünn besiedelten Regionen zu stärken**. So leiden ländliche und strukturschwache Gebiete wie Mecklenburg-Vorpommern oder grenznahe Regionen Sachsens besonders darunter, dass viele Menschen die Region verlassen. Folgen davon sind eine verschlechterte Nahversorgung, eine geringere Auslastung der vorhandenen Infrastruktur und die Unterfinanzierung öffentlicher Leistungen wie z. B. der ÖPNV. Sie bedürfen einer Strukturreform. Der Leader-Ansatz (Liaison entre actions de développement rural) bezweckt eine **nachhaltige** und integrierte regionale/ländliche **Entwicklung dank** einer **Gemeinschaftsinitiative** und wird von der EU gefördert. Die Stärke von Leader liegt in der Mobilisierung endogener Entwicklungspotenziale sowie der Förderung einer regionalen Strategie- und Handlungsfähigkeit. Als Nachteil erweisen sich bisher ein hoher bürokratischer Aufwand und sektororientierte Förderprogramme. Damit passt der Leader-Ansatz als Integrationsansatz in kein bestehendes Förderraster. In Flächenstaaten und ländlichen Räumen sind jedoch ausgewogene dezentrale Raumstrukturen mit einem **engen Netz leistungsstarker Grund-, Mittel- und Oberzentren** eine existenzielle **Grundlage für die Entwicklung** aller Teilräume. Schwerpunkte sind vor allem, Arbeitsplätze und

<b>Reihe 2</b> S 5	<b>Verlauf</b>	<b>Material</b>	<b>LEK</b>	<b>Glossar</b>	<b>Mediothek</b>
-----------------------	----------------	-----------------	------------	----------------	------------------

Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, Standort- und Entwicklungsstärken zu nutzen, eine wohnortnahe Grundversorgung flächendeckend zu sichern, die verkehrliche Erschließung und die Mobilität in der Fläche zu verbessern sowie die natürlichen und kulturellen Qualitäten der Region zu erhalten. Ländliche Räume bieten dem dort arbeitenden und wohnenden Menschen auch Vorteile. Zu nennen sind Naturnähe und ein Bezug zur Landschaft, Nachbarschaft und ein angenehmes soziales Umfeld anstelle der Anonymität der Großstadt, sowie die Möglichkeit, an der Gestaltung der Heimat mitzuwirken. Die Bundesländer setzen in den ländlichen Regionen unterschiedliche Schwerpunkte, z. B. Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und Landschaftspflege oder Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

### *Didaktisch-methodische Orientierung*

Der Erdkundeunterricht befähigt die Schülerinnen und Schüler, raumgebundene Strukturen und Prozesse zu verstehen. Naturgeografische, ökologische, politische, wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten und Zusammenhänge vereinen sich in diesen Strukturen und Prozessen zu einem Gefüge. Dieses begegnet den Menschen als räumlich geprägte Lebenswirklichkeit. Nur wenn sie die räumlichen Strukturen verstehen, können die Lernenden die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen. Durch sozial, ökonomisch und ökologisch verträgliches Handeln sichern sie nachhaltig die natürlichen Lebensgrundlagen für Folgegenerationen. Zentrale Aufgabe des Erdkundeunterrichts ist es, eine raumbezogene Handlungskompetenz zu vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler sollen bereit und in der Lage sein, nah- und fernräumliche Erscheinungen und Prozesse kognitiv und affektiv zu registrieren. Die raumbezogene Handlungskompetenz zielt darauf ab, dass die Lernenden Ausschnitte der räumlich geprägten Lebenswirklichkeit auf unterschiedlichen Maßstabsebenen erfassen. Sie sollen selbstbestimmt und gemeinschaftsbezogen an der Entwicklung, Gestaltung und Bewahrung der räumlichen Lebensgrundlagen mitarbeiten. Die raumbezogene Handlungskompetenz lässt sich bei den Schülerinnen und Schülern dadurch erkennen, dass sie Wege der demokratischen Einflussnahme auf raumpolitische Entscheidungsprozesse kennen. Zudem wissen sie, wie sie diese zugunsten ausgewogener Lebensbedingungen nutzen können.

Die Lehrpläne für die Oberstufe geben häufig das Thema „Räumliche Disparitäten in Deutschland und Europa“ vor. Thematische Schwerpunkte sind Grundzüge der Raumordnung sowie Siedlungsräume in ihren Entwicklungen.

In der **ersten Sequenz** beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler vor allem damit, verschiedene Raumstrukturen zu untersuchen. Sie finden Indikatoren für nicht optimal ausgestattete Raumstrukturen vor. Sie erfahren, welche Bandbreite regionale Disparitäten aufweisen können. Karten veranschaulichen die Indikatoren Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, Erreichbarkeit von Agglomerationszentren mit dem Pkw, Ursachen des demografischen Wandels, Produktivität, Beschäftigtenentwicklung, Investitionen, Kindertagesbetreuung und die Verbreitung von Armut. Die überwiegende Zahl von **thematischen Karten** in Statistik und Raumbearbeitung sind flächenhafte Wertstufendarstellungen, sogenannte Choroplethenkarten, auf einer flächentreuen Kartengrundlage. Solche Karten vermitteln ein Bild von flächenhaft abgebildeten Regionen, die beispielsweise von Bevölkerungsrückgang, hohen Wohnungspreisen oder Arbeitslosigkeit betroffen sind. Tatsächlich beziehen sich diese Inhalte in der Regel jedoch nicht auf die Fläche, sondern auf die dort lebende Bevölkerung. Die vorliegende Unterrichtseinheit enthält ein ungewöhnliches Medium – **bevölkerungsproportionale Kartogramme**. Das ist eine ungewohnte und zunächst gewöhnungsbedürftige Form der thematischen Karte. Es ist eine Möglichkeit, ein themenkartografisches Grundproblem wertproportional darzustellen und sachgerechter zu lösen. Dabei wird die Bezugsfläche proportional zu einer thematischen Variablen, z. B. der Bevölkerungszahl, so skaliert, dass 1 mm<sup>2</sup> Fläche im Kartogramm 8400 Einwohnern entspricht.

Die **zweite Sequenz** zeigt auf, vor welchen Aufgaben die Politik bezüglich der Raumordnung steht. Dazu zählen EU-Fördermittel zu verteilen und Geld in Deutschland entsprechend umzuverteilen. Dabei streben die Behörden an, die Lebensverhältnisse anzugleichen, indem sie

Reihe 2 S 6	Verlauf	Material	LEK	Glossar	Mediothek
----------------	---------	----------	-----	---------	-----------

regionale Wachstumspotenziale stärken. Sie sind vor allem bestrebt, die Daseinsvorsorge in allen Regionen Deutschlands gleichwertig zu gewährleisten.

In der **dritten Sequenz** entwerfen die Lernenden Handlungsstrategien, die regionale Disparitäten verringern sollen. Sie befassen sich dabei mit vorgegebenen Raumbeispielen.

In der **ersten Sequenz** weist zunächst eine **Karikatur (M 1)** auf eine Disparität hin. Sie widmet sich dem Thema „Ärztliche Versorgung“. **M 2** stellt einen Katalog an Indikatoren vor, der es den Lernenden ermöglicht, weniger gut ausgestattete Raumstrukturen zu erkennen. In einem **Flussdiagramm** als Tafelbild stellen die Schülerinnen und Schüler dar, wie sich die verschiedenen Indikatoren aufeinander beziehen. Indikatoren regionaler Disparitäten, vor allem aus dem ökonomischen und demografischen Sektor, nehmen die Lernenden im **Text (M 3)** in Augenschein.

In **M 4** stellen die Schülerinnen und Schüler eine flächentreue **Karte** einem bevölkerungsproportionalen **Kartogramm** mit dem gleichen Thema gegenüber. Sie erörtern die Frage, welche der beiden Darstellungsformen am meisten aussagt. Sie machen sich bewusst, dass ein einwohnerbezogenes Bruttoinlandsprodukt wesentlich aussagekräftiger ist als ein regionales Gesamt-Bruttoinlandsprodukt. Die Lehrkraft kann dieses Material als Hausaufgabe vergeben. Die Schülerinnen und Schüler wissen bereits, wie ein bevölkerungsproportionales Kartogramm zu interpretieren ist. Das **Kartogramm (M 5)** stellt den Einfluss der Wirtschaft auf die Bevölkerungszahl dar. Diese ergibt die Bevölkerungsdichte. Die Zahlen in der **Tabelle M 6** dokumentieren die Wanderungsbewegungen. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl (**M 5**) weist in der **Karte (M 7)** einen Bezug zum demografischen Wandel auf. Dieser leitet sich aus dem angezeigten Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtbevölkerung ab und deutet nochmals den Einfluss der regionalen Wirtschaftskraft an.

II/F

Die ungünstige Erreichbarkeit von Mittelzentren in **Karte (M 8)** liefert ein Indiz für die räumliche Schwäche der Infrastruktur einer Region. Eine nicht unwesentliche Ursache der Wanderungsbewegungen ist das Lohnkostengefälle von West nach Ost, das sich u. a. aus der Produktivität und den Lohnstückkosten aus der **Grafik (M 9)** ergibt. In der **Karte M 10** befassen sich die Schülerinnen und Schüler mit den Regionen, die in Zukunft viele Arbeitsplätze bieten werden. **M 11** belegt die noch rückständige Entwicklung in Ostdeutschland durch eine **Grafik**, die das Auf und Ab in ausgewählten Wirtschaftsbereichen anzeigt. Das Material regt die Lernenden an, die unterschiedliche Dynamik zu erörtern. Die Lernenden entnehmen der **Grafik M 12**, dass die Kindertagesbetreuung in den neuen Bundesländern flächendeckender ist. Sie prognostizieren die weitere Entwicklung. Kleinkinder zu betreuen, ist schon deshalb wichtig, weil die Eltern dann eine bezahlte Arbeitsstelle annehmen können.

Die **Karte M 13** stellt die Bundesländer entsprechend der Armut ihrer Bewohner dar. Eine **Grafik** veranschaulicht, wie sich die Armutsgefährdungsquote entwickelt. Die Schülerinnen und Schüler beschreiben diese Entwicklung. Sie betrachten kritisch, wie die Bundesländer in der Legende klassifiziert sind. Der **Text M 14** regt die Lernenden zur Diskussion an, ob der Solidaritätszuschlag auch einer immer ärmer werdenden Region wie dem Ruhrgebiet zugutekommen sollte und nicht nur den neuen Bundesländern mit deren strukturellem Nachholbedarf.

Die **Karte im Zusatzmaterial auf CD-ROM** zeigt an, dass Wirtschaftsstärke und Dynamik nicht gleichzusetzen sind. Die neuen Bundesländer haben noch immer einen Nachholbedarf. Dank eigener Anstrengungen und Fördermittel ist deren stärkere Dynamik nachvollziehbar.

Der Begriff „Konvergenz“ bildet einen roten Faden der Unterrichtseinheit. Welche Bundesländer fallen darunter und warum erhalten selbst die wirtschaftsstärksten Bundesländer Gelder aus dem EU-Fonds? Diesen Fragen gehen die Lernenden in **M 15** nach. Sie interpretieren dazu eine **Grafik**. Die **Texte in M 16** vermitteln wesentliche Rahmenbedingungen und Strategien, die entsprechend der Lissabon-Strategie-Grundlage dazu dienen sollen, räumliche Disparitäten zu reduzieren. Die Schülerinnen und Schüler erklären die Strategie mit eigenen Worten. Jeder einzelnen Zielsetzung ordnen sie ein selbst formuliertes Beispiel zu. Die **Grafik M 17** stellt die Wirtschaftsleistung jedes Bundeslandes insgesamt und entsprechend der Einwohnerzahl dar.

<b>Reihe 2</b> S 7	<b>Verlauf</b>	<b>Material</b>	<b>LEK</b>	<b>Glossar</b>	<b>Mediothek</b>
-----------------------	----------------	-----------------	------------	----------------	------------------

Die Schülerinnen und Schüler beschreiben und diskutieren das Prinzip des Länderfinanzausgleichs. Sie stellen Geber- und Nehmerländer in einer **Tabelle (M 18)** gegenüber. Sie hinterfragen die Tendenz einer abnehmenden Zahl an Geberländern bzw. den Trend einer zunehmenden Zahl an Empfängerländern. Der **Text M 19** dient den Schülerinnen und Schülern als Grundlage, um sich ein neues Förderkonzept für disparitäre Regionen zu überlegen. Mit diesem Ansatz soll die Abwanderung in diesen Regionen gebremst werden. Die Daseinsvorsorge ist eines von mehreren Leitbildern, das auf der **Karte in M 20** exemplarisch abgebildet ist. Die Lernenden integrieren das Zentrale-Orte-Konzept mit seinen Versorgungsfunktionen in einen raumplanerischen Ansatz. Die **Karikatur (M 21)** regt die Schülerinnen und Schüler an, sich Gedanken zu machen, wie die Ostförderung konzeptionell geändert werden kann. Sie interpretieren in Kleingruppen interaktive Karten im **Internet**. Um die Raumdisparität des Landkreises Görlitz/Sachsen zu strukturieren und daraus später ein Referat zu erstellen, wählen die Schülerinnen und Schüler Indikatoren aus. Diese Aufgabe kann die Lehrkraft auch als Hausaufgabe stellen.

**M 22** fungiert ebenfalls als indirekte Lernkontrolle. Die Lernenden wählen aus einer Liste Ansätze für Zukunftsperspektiven einer ländlichen Region aus. Sie greifen wieder auf die interaktive Karte mit interaktiven Regionalprofilen im **Internet** zurück und wählen dort verschiedene Indikatoren disparitärer Regionen aus. Mit den Daten von Görlitz als Grundlage entwickeln sie einen Lösungsvorschlag zu dem Thema „Die Stärken des Landkreises Görlitz stärken“. Sie berufen sich dabei auf die neue EU-Zielsetzung. **Fotos in M 23** geben ihnen weitere Hinweise. Ihre Vorschläge stellen die Lernenden als Referat, gegebenenfalls als **PowerPoint-Präsentation**, ihren Mitschülerinnen und Mitschülern vor.

Eine **Lernerfolgskontrolle** beinhaltet die Frage nach den Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland. Sie befasst sich mit der Zielsetzung der EU-Förderung, das Wachstum in den Regionen zu stärken. Die Schülerinnen und Schüler entwickeln ein entsprechendes Konzept am Beispiel des Landkreises Aurich in Niedersachsen. Sie nutzen dazu den Atlas.

II/F

### *Ziele der Reihe*

Die Schülerinnen und Schüler

- analysieren Wirtschaftsregionen in Deutschland;
- lernen die Bandbreite räumlicher Disparitäten kennen;
- können die Probleme größerer räumlicher Disparitäten einschätzen;
- formulieren Disparitäten auf unterschiedlichen Maßstabsebenen sowie deren Ursachen und Folgen;
- erfahren, dass räumliche Disparitäten auch innerhalb Westdeutschlands bestehen;
- erkennen Indikatoren für wirtschaftliche Aktiv- und Passiv-Räume in Deutschland und stellen diese zusammen;
- erarbeiten den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, Wanderungsbewegung und demografischem Wandel und den daraus resultierenden strukturellen Veränderungen;
- analysieren bedingende und auslösende Faktoren eines raumwirksamen Problems in ihrer Wechselwirkung;
- befassen sich mit der Vielschichtigkeit des Begriffes „Armut“;
- lernen Elemente des Strukturwandels in Regionen, städtischen und ländlichen Räumen kennen;
- untersuchen und erläutern den Wandel im wirtschaftlichen Handeln in seinen Auswirkungen auf die Gesellschaft;
- diskutieren das System des Länderfinanzausgleichs und die Verteilung des Solidaritätszuschlags;
- stellen Indikatoren eines disparitär entwickelten Raumes an einem Fallbeispiel zusammen und referieren über das Ergebnis;
- erarbeiten Lösungsansätze zur Überwindung räumlicher Disparitäten an einem geeigneten Beispiel und erstellen ein Referat, gegebenenfalls als PowerPoint-Präsentation.



# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

**Auszug aus:**

*Disparitäten in Deutschland*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)

